

Mit Kristina Tönigke, Frankenberger im Studio, guten Abend.

Nach den Kämpfen um Berg Karabach verhandeln Karabach-Armenia, die Bedingungen ihrer Kapitulation.

Polen entzieht der Ukraine die Unterstützung im Krieg.

In Österreich spricht sich die Stadt Wien gegen eine geforderte Arbeitspflicht für Asylwerber aus und Stellenabbau bei Steuero automotive mindestens 100 Leiharbeiter müssen gehen.

Außerdem die Spannungen zwischen Kanada und Indien nehmen zu, beide Länder rufen ihre Bürger zur Vorsicht auf

und Slowenien zeigt die Strafen für Verstöße gegen die Covid-Vorschriften zurück.

Um die Verfolgung Oppositionelle im Ausland durch autoritäre Regime wie Kina oder Russland berichtet das Journal Panorama.

Die Wetterprognose hört Michael Matan.

Der Donnerstag geht meist sonnig nur von Vorarlberg bis Oberkärnten zum Teil bewölkt zu Ende.

Hier zieht ihn in der kommenden Nacht allmählich Regenschauer auf, sonst bleibt es trocken.

Tiefstwerte 10 bis 19 Grad.

Morgenfreitag gibt es ganz im Osten nach etwas Frühnebeln noch einmal einige Sonnenstunden und bei sehr lebhaftem Südwind sommerliche 22 bis 29 Grad.

Im Großteil Österreichs überwiegen aber schon die Wolken und von Südwesten her breiten sich Regenschauer und Gewitter aus.

Vor allem von Vorarlberg bis Kärnten kann es kräftig regnen.

Damit bleibt es hier kühler mit nur 13 bis 21 Grad.

Am Wochenende bei frischem Wind überall gedämpfte Temperaturen und am Samstag zeitweise nass, am Sonntag dann wieder mehr Sonne.

Nach dem verkündeten Sieg der aserbajanischen Armee im Kampf um die Region Bergkarabach sind Vertreter der Karabach-Armenia zu Verhandlungen eingetroffen.

Es geht um die Bedingungen ihrer Kapitulation.

Unterdessen werden in Bergkarabach Übergriffe der neuen aserbajanischen Herrscher befürchtet.

Viele Armenier flüchten aus ihren Dörfern.

Die Delegation der Karabach-Armenia trifft zu Verhandlungen mit Vertretern Aserbajans in der Stadt jeweils ein.

Große Hoffnungen hat sie nicht.

Die Rollen sind klar verteilt.

Aserbajans ist der Sieger.

Die Karabach-Armenia, die besiegten.

In einer nur 24 Stunden dauernden Offensive hat Aserbajans ihren Traum der Unabhängigkeit zerstört.

Jetzt geht es um die Bedingungen der Kapitulation.

Die Karabach-Armenia bestehen darauf, ihre Waffen nur abzugeben, wenn ihnen die neuen Herrscher Sicherheitsgarantien geben.

Eine Einigung gibt es heute nicht.

Man vereinbart weitere Treffen.

Gestern Abend hat Ilham Aliyev, der autoritär Herrschende Präsident Aserbajans, versucht den Karabach-Armenian die Angst zu nehmen.

Alle ihre Rechte werden garantiert.

Bildung, Kultur, Religion.

Wir sind ein multinationaler und multireligiöser Staat, so Aliyev.

Doch in derselben Rede bezeichnet er die Anführer der Karabach-Arminia als kriminellig runter und spricht von einer vergifteten Höhle.

Und auch die gesternvereinbarte Feuerpause hält nicht vollständig.

Auf Handyvideos sind Schüsse zu hören.

Wie er sie abfeuert, ist unklar.

Doch viele Karabach-Arminia trauen Aserbajan nicht.

Im Lager der russischen Friedenstruppe treffen Flüchtlinge ein.

Schon 5.000 sind es, teilt Russland mit.

Und auch in der Hauptstadt Berkabach-Steppaner-Kert drängen sich Flüchtlinge aus abgelegenen Dörfern.

Vorerst müssen sie in Berkabach bleiben,

als aber Jan hat nämlich die einzige Straße nach Armenien blockiert.

Doch wenn die freigegeben wird, dann wird wohl ein Teil der 120.000 Karabach-Arminia die Region für immer verlassen.

Berichtet Christian Leningham,

weiter nach Polen das Land zählt seit Beginn des russischen Angriffskriegs zu den engsten Verbündeten der Ukraine.

Nun will Warschau nur noch bestehende Verträge über Militärhilfe erfüllen.

Droht der Ukraine also mit einem Waffenlieferstopp.

Anlass ist der Konflikt um ukrainische Getreidelieferungen nach Polen.

Warschau will diese verbieten.

Der ukrainische Präsident hat Polen daraufhin vorgeworfen, so indirekt Russland zu unterstützen.

Ernst Kernmeier berichtet.

Es ist eine Ansage, die härter wirken soll, als sie tatsächlich ist.

Merjumsmehr, jetzt kann es wirken.

Polen werde der Ukraine ab jetzt keine Waffen mehr liefern,

sagt der polnische Ministerpräsident Mateusz Morawiecki gestern im Fernsehen.

Das Betreffe nur künftige Abmachungen stellt heute ein Regierungssprecher klar.

Alles was bisher zugesagt wurde, werde auch geliefert.

Dem Geplänkel vorausgegangen ist der Streit um billiges ukrainisches Getreide, das seit dem Vorjahr nach Polen exportiert wurde und den polnischen Bauern Konkurrenz gemacht hat.

Ein von Polen verhängtes Importverbot hat die EU zuletzt aufgehoben.

Polen will es dennoch verlängern.

Als politisches Theater hat das der ukrainische Präsident Wolody Mirzelenski am Dienstag vor der UNO bezeichnet.

Theater, das vor allem den Schauspielern in Moskau eine Bühne bietet.

Die Ukraine, für die der Export von Getreide eine der wichtigsten Einnahmequellen ist,

hat gegen das polnische Einfuhrverbot Beschwerde bei der Welthandelsorganisation eingelegt.

Polen sieht das als unfreundlichen Akt.

Es ist Wahlkampf in Polen und die Regierung der rechtsnationalen PiS-Partei bekommt Druck.

Einerseits von den Bauern einer wichtigen Wählerklientel und zweitens von noch weiter Rechts wegen der fast unumschränkten Unterstützung für die Ukraine im Krieg gegen Russland. Warschau hat international bisher besonders darauf gedrängt, der Ukraine alle Waffen zu liefern, die im Kiew gefordert werden. Und Polen gehört selbst zu den wichtigsten Waffen- und Munitionslieferanten. Außerdem hat Polen rund eine Million Kriegsvertriebene aus der Ukraine aufgenommen. Abseits des Scheinwerferlichts im Wahlkampf gibt es aber auch Ansätze für eine Streitbeilegung. Die Landwirtschaftsminister bei der Länder haben heute miteinander telefoniert, um, wie es heißt, eine Lösung im beidseitigen Interesse zu suchen. Ob die noch vor der Wahl am 15. Oktober gefunden wird, ist fraglich. Die EU verlangt von Polen Klarheit im Skandal rund um die Vergabe von Arbeitswieser. Gegen Bezahlung sollen Tausende bis 100 Tausende Wieser, vor allem in Asien und Afrika, illegal vergeben worden sein. Darunter auch Wieser für den Schengenraum. Die polnische Regierung spricht von einem geringem Ausmaß. In einem Brief verlangt die EU Innenkommissarin nun Aufklärung. Robert Sigmund. Schon zu Beginn ihres Schreibens macht Innenkommissarin Johansen klar, dass es sich bei diesen Vorwürfen um ein schweres Vergehen handelt. In elf Fragen verlangt Johansen dann Auskunft und Transparenz vom polnischen Außenminister. Das bestätigt offiziell heute auch Johansons Sprecherin Anita Hipper in Brüssel. Diese Vorwürfe sind schwerwiegend und werfen viele Fragen auf. Die Kommissarin stellt daher detaillierte Fragen an Polen und verlangt Antworten bis 3. Oktober. Konkret wird Auskunft darüber verlangt, welche Konsulate, in welchem Zeitraum, welche Wieser ausgestellt haben und was die Behörden in Warschau davon gewusst haben. Apps, die auf Basis von künstlicher Intelligenz funktionieren, sind Teil des Alltags vieler Menschen geworden. Die Bundesregierung will eine neue Servicestelle für KI einrichten. Kommen soll nun auch eine Kennzeichnungspflicht. Fachleute drängen unterdessen auf eine rasche Änderung der Grundsätze. Bei der Rundfunk- und Telekom-Regulierungsbehörde soll die neue Servicestelle für künstliche Intelligenz angesiedelt werden. Das kündigt der für Digitalisierung zuständige Staatssekretär Florian Turski von der ÖVP an, als Vorläufer einer künftigen Behörde für diesen Bereich. Wir sind damit das zweite Land weltweit, dass diese Schritte setzt nach Spanien. Und es geht es darum, wie wir die Österreicher in der ÖVP in den letzten Jahren in den letzten Jahren die österreichische Wirtschaft und hier besonders kleine und mittlere Unternehmen auf die Umsetzung des AI-Acts vorbereiten und ihnen den bestmöglichen Service geben. AI-Act, das meint die europäische Verordnung zur Regulierung von künstlicher Intelligenz. Außerdem kündigt Turski eine Kennzeichnungspflicht an,

wenn KI verwendet wird, z.B. bei Chatbots.

Das soll zunächst bei Behörden umgesetzt werden.

Die KI-Expertin Janett Gottzala sieht das positiv.

Die KI-Systeme der öffentlichen Verwaltung, jetzt einmal als solche zu kennzeichnen, ist für die Bürger und Bürgerinnen sicher eine Maßnahme, die Vertrauen bildet, wenn man transparent KI-Systeme einsetzt.

Der Fachmann für künstliche Intelligenz Günter Klambauer von der Uni Linz weist darauf, Indus andere Länder mehr in Forschung investieren.

Aus Sicht von Forscherinnen wäre natürlich das wichtigste Event gewesen, die KI-Strategie zu überarbeiten.

Sie hat heute ein Überarbeiten der KI-Strategie der Bundesregierung für das kommende Jahr angekündigt.

Die Bundesregierung hat gestern eine verpflichtende Kinderschutzkonzept, verpflichtende Kinderschutzkonzepte an allen Schulen in Österreich angekündigt.

Details sind noch ausständig.

Zusätzliche Mittel wird es aber wohl nicht geben.

Doch viele Schulen sind längst in Vorleistung gegangen.

In Wien haben die Hälfte der Schulen bereits entsprechende Konzepte umgesetzt.

Der Sportunterricht ist zum Beispiel ein besonders sensibler Bereich.

Mopping in der Umkleide, bewusste oder unbewusste Berührungen, aber auch Fouls im Team Sport und ähnliches.

Das Goethe-Gymnasium in Wien hat bereits ein entsprechendes Kinderschutzkonzept, sagt Direktor Hubert Kopeski.

Ziel ist es im weitesten Sinn, eine echte Kultur der Aktshandkeit zu etablieren.

Dass man im Fullhaus alles sensibilisiert.

Erstens haben wir die Kinderaufgleich darüber, welche Rechte habe ich, wenn ich betroffen bin, bin ich schon betroffen.

Am Goethe-Gymnasium gibt es Vertrauenspersonal.

Eine Schulpsychologin steht allerdings nur acht Stunden pro Monat zur Verfügung.

Das hätte ich gerne öfter.

Keine Frage.

Auch die Schulärztin wäre natürlich schön, wenn man sie rund um die Uhr hätte.

Zusätzliche Ressourcen für Kinderschutz sind laut dem gestrigen Beschluss der Bundesregierung allerdings vorerst nicht vorgesehen.

Berichtet Jürgen Pettinger gegen eine Arbeitspflicht für Asylwerber spricht sich die Stadt Wien aus.

Eine solche hatten zuvor die Asyl-Landesräte von fünf Bundesländern gefordert.

Ein Zwang zur Arbeit oder eine Pflicht sei aus rechtlichen Gründen nicht möglich, sagt er für den Flüchtlingsbereich zuständige SPÖ-Stadtrat Peter Hacker.

Bernd Kuschu.

Es war zwar ein einstimmiger Beschluss bei der Flüchtlingsreferentenkonferenz gestern.

Der Innenminister solle prüfen, ob Asylwerber verpflichtet werden können zu gemeinnütziger Arbeit.

Aber es waren von neun Asyl-Landesräten Rätinnen nur fünf anwesend.

Und der zuständige Wiener Stadtrat Peter Hacker sagt nun,
Wien fühlt sich der Menschenrechtskonvention verpflichtet.
Dort gibt es ein paar Gärten.
Dort steht ganz ein Teil drinnen.
Es ist Zwangsarbeit verboten. Punkt.
Aufgeregt sei er nicht.
Es soll ja nur der Innenminister prüfen, sagt Hacker.
Ich gehe davon aus, dass der Innenminister bei seiner Prüfung,
es bedeutet es sein, Ministerium bei der Prüfung einen kurzen Blick in die
Menschenrechtskonvention,
wirft, dass nicht mehr gezwungen werden darf, zu Angst oder Pflichtarbeit zu verrichten.
Das ist das Thema erledigt.
Dem Vernehmen nach sehen Juristen im Innenministerium das Thema tatsächlich sehr kritisch.
Laut Asylrechtsexperten sieht auch eine EU-Asylrichtlinie keine verpflichtende Tätigkeit für
Asylwerber vor.
Um ihre Beschäftigung bangen derzeit Mitarbeiter von Steierautomotiv,
das frühere Berg von MAN Steier kommt nicht zur Ruhe.
Nur 100 Leiharbeiter sollen ihren Job verlieren, weitere 200 Mitarbeiter könnten im Oktober in
Kurzarbeit geschickt werden
und Stammkräfte werden in andere Abteilungen verlegt.
Der Grund sind Lieferprobleme bei einem Kunden, in dem man eigentlich große Hoffnungen setzt.
Christoph Kinast.
Die Elektrolastwagen von Volta hätten Steierautomotiv 9 Schwung geben sollen,
aber noch will der Funke offenbar nicht überspringen.
Im November sollen dem Vernehmen nach nur 6 Lastwagen fertiggestellt werden,
weniger als halb so viele wie geplant.
Volta hat Lieferprobleme bei den Batterien.
Das hat nun Folgen für das Personal in Steier.
Bis zu 100 Leiharbeiter sollen ihren Job verlieren.
Und 260 Mitarbeiter sind beim Frühwarnsystem des Arbeitsmarktservice vorgemerkt worden.
Der Geschäftsführer von Steierautomotiv Florian Mayerhofer sagt,
das ist eine Vorsichtsmaßnahme, die wir hier getroffen haben.
Zusätzlich kommt aber hinzu, dass wir im September, also jetzt in wenigen Wochen,
mit Ende September den Auslauf des MAN haben.
Denn dann wird der letzte MAN-Lastwagen in Steier vom Band laufen.
Der Geschäftsführer von Steierautomotiv betont,
dass keine Kündigungen beim Stammpersonal geplant sind.
Auch der Arbeiterbetriebsrat ist vorsichtig optimistisch.
Man habe Probleme, bisher immer noch lösen können,
heißt es gegenüber dem ORF Oberösterreich.
Anfang Oktober steht Steierautomotiv vor der nächsten Weichenstellung.
200 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sollen dann in Kurzarbeit geschickt werden.
Dass das genehmigt wird, errechnet man sich aber nur geringe Chancen aus.
Unruhe bei Automotive Steier und wir bleiben bei der Wirtschaft

und kommen zum gewichtigen Faktor Tourismus.

Laut einer Analyse des WIFO nach den Sommermonaten

kommen wieder mehr Urlauber nach Österreich als vor der Pandemie.

Die, die kommen, geben aber weniger Geld aus.

Und so dürfte die Bilanz auch im Gesamtjahr 2023 hinter den Erwartungen zurückbleiben.

Cornelia Krebs berichtet.

Nach Schätzung des WIFO lagen die Umsätze von Mai bis Juli des heurigen Jahres

zwar um gut 14% über dem Vergleichswert von 2019.

Die realen Einnahmen blieben jedoch um fast 12% darunter.

Erfolgreich waren in der ersten Sommerhälfte vor allem die Alpenregionen.

Und dieser Trend dürfte anhalten, so Oliver Fritz vom WIFO.

Bei 40, 45, 50 Grad ist es auch in Sizilien, in Süditalien, in Griechenland

nicht mehr so toll, nicht mehr so angenehm Urlaub zu verbringen.

Auch den Bergen droht somit ein sogenannte Over-Tourism.

In vielen europäischen Urlaubsregionen wird auch deswegen

vermehrt auf Klasse statt Masse gesetzt, auch in Österreich.

Das könnte eine Chance sein.

Wenn sich jetzt die Tourismusströme wirklich umdrehen und mehr Menschen

in Alpino-Regionen Urlaub machen wollen,

dann bin ich eigentlich schon optimistisch, dass sich höhere Preise auch durchsetzen können.

Heuer jedenfalls wird der Beitrag des Tourismus zur heimischen Wirtschaftsleistung

das Vorkrisenniveau wahrscheinlich nicht ganz erreichen.

Zwischen Kanada und Indien spitzt sich die diplomatische Krise weiter zu,

nach der Ermordung eines indischstämmigen Siegakтивisten nahe Vancouver.

Der kanadische Premier hatte der indischen Regierung eine mögliche Verwicklung

in den Mord vorgeworfen.

Nun hat Indien die Vergabe von Visa an kanadische Bürger gestoppt.

David Krieglieder.

Der Schlagabtausch zwischen Kanada und Indien geht in die nächste Runde.

Nachdem beide Staaten bereits Diplomaten des anderen Landes ausgewiesen

und ihre Staatsbürger vor Übergriffen gewarnt haben, wird der Ton noch rauer.

Kanada gilt zunehmend als sicherer Hafen für Terroristen, Extremisten und Verbrecher.

Begründet ein Sprecher des indischen Außenministeriums den vollläufigen Visa-Stopp

für kanadische Bürger.

Auslöser der Krise ist die Ermordung des indischstämmigen Siegakтивisten

Hardeeb Singh Nijjar im Juni.

Der kanadische Staatsbürger wurde vor einem Siegtempel nahe Vancouver erschossen.

In Kanada leben viele Angehörige der religiösen Minderheit.

Nijjar hatte sich für die Unabhängigkeit der mehrheitlich von 6 bewohnten Punjab-Provinz

im Nordosten Indiens eingesetzt und wurde dafür von Indien als Terrorist eingestuft.

Ist die indische Regierung in seine Ermordung verwickelt?

Es gebe Ermittlungen, die klar in diese Richtung deuten,

sagt Kanadas Premier Justin Trudeau am Montag.

Neudeli weist die Anschuldigungen als absurd zurück.

Der Vorfall wirft jedenfalls ein Schlaglicht auf die zunehmend autoritären Tendenzen von Indiens Premierminister Narendra Modi, der sich mit seinem Hindu-nationalistischen Kurs im kommenden Jahr zur Wiederwahl stellt. Weiter nach Deutschland, wo sich die politische Gesinnung offenbar zunehmend nach rechts bewegt, laut einer aktuellen Studie der Universität Biele fällt im Auftrag. Der Friedrich-Ebert-Stiftung ist die Zustimmung zu rechtsextremen Positionen stark gestiegen. Demokratiefeindliche Ansichten nehmen zu aus Berlin Andreas Jolli. Eine deutliche Mehrheit in Deutschland lehnt zwar den Rechtsextremismus-Saps, sagt Studienautor Andreas Zieg, aber die Akzeptanz zu diesen Einstellungen wächst. Ein rechtsextremes Weltbild und das bemisst sich in der Zustimmung zu 18 sehr klaren harten Rechtsextremen Äußerungen stellen wir in diesem Jahr bei 8,3 Prozent der Menschen fest. Das ist jeder Zwölf, der aus der Mitte der Gesellschaft und das sind drei bis vier Mal so viele wie in den vergangenen Jahren. Zugenommen hat auch der Anteil jener Personen, die sich rechts der Mitte verorten, von knapp 10 auf mehr als 15 Prozent. Und diese Studie weise ein sinkendes Vertrauen in die Demokratie aus. Fast ein Drittel der befragten Stimme der Aussage zu, dass die regierenden Parteien das Volk betrügen würden und Verschwörungstheorien finden immer mehr Zustimmung. Zudem zeige sich auch ein klarer Unterschied zwischen Ost und Westdeutschland. Die Befürwortung der Diktatur ist in Ostdeutschland weiter und stärker geteilt. Die Lichtort bei 13 Prozent im Vergleich zu Deutschland, 5 Prozent. Auch die Fremdenfeindlichkeit hat zugenommen. Fast jeder und jede sechste befragte es gegenüber Ausländern negativ eingestellt. Jeder Dritte gibt an, dass Geflüchtete nur nach Deutschland kommen würden, um das Sozialsystem auszunützen. Das Fazit von Andreas Zieg. Dass die Mitte sich tatsächlich in Teilen auf Distanz zur Demokratie begeben hat und sie ist nach rechts gerückt. In Teilen hat sie sich radikalisiert. Wir müssen uns die Frage stellen, wie weit wir deswegen auch einen starken Extremismus haben. Allerdings sei die Grundorientierung zur Demokratie noch relativ hoch. 87 Prozent der befragten Stimmen für den obersten Grundsatz, der Würde und Gleichheit aller, aber auch hier zeige sich ein Rückgang. Zu den Nachbarn im Süden jetzt in Slowenien hat der Verfassungsgerichtshof die Corona-Gesetze nachträglich für Verfassungswidrig erklärt. Deshalb wird die Regierung alle Corona-Strafen zurückzahlen. Das sind immerhin 5,7 Millionen Euro, wie Birgit Schwarz berichtet. Es ist eine Generalamnestie für insgesamt rund 62.000 Verfahren während der Corona-Pandemie. Alle Strafen wegen Verstößen gegen Kontaktbeschränkungen oder Versammlungsverbote werden aufgehoben und zurückgezahlt. Ebenso die Verfahrenskosten. Noch laufende Verfahren werden eingestellt.

Den Bürgern sei durch den Missbrauch des Strafrechts sowie durch verfassungswidrige und übermäßige Eingriffe in die Menschenrechte ein Unrecht angetan worden, sagt die slowenische Justizministerin. Das werde mit dem Amnestie-Gesetz wieder gut gemacht. Das Gesetz erhält mit den Stimmen der Regierenden Mitte-Links-Koalition unter Robert Golob eine deutliche Mehrheit gegen die Stimmen der rechtskonservativen Vorgängerregierung von Janis Janssha.

Janssha ist vor allem wegen der restriktiven Corona-Maßnahmen inklusive weitreichender Versammlungs- und Demonstrationsverbote abgewählt worden.

Er sagt, die Maßnahmen seien notwendig gewesen, um das Leben von Menschen zu schützen. Ursachenforschung nach dem tragischen Busunfall in Kärnten, bei dem am Dienstag eine Frau im Bus ums Leben gekommen ist.

46 Menschen sind verletzt worden. Der Buslenker gibt an, bevor er die Kontrolle über das Fahrzeug verloren hat,

habe er versucht, eine Wasserflasche im Fußraum aufzuheben. Aus Kärnten kontratwechselbarer. Ein kurzer Moment der Unachtsamkeit, der Griff zwischen die Pedale und mit der Hand eine Wasserflasche zu erreichen.

Die Folgen sind verheerend. Eine 19 Jahre alte Frau aus Oberösterreich stirbt, fünf weitere Insassen werden zum Teil schwer verletzt ins Krankenhaus gebracht und müssen operiert werden.

War es fahrlässige Körperverletzungen oder doch grob fahrlässige Körperverletzungen, die dem 27 Jahre alten Buslenker aus der Ukraine jetzt aus rechtlicher Sicht vorzuwerfen ist?

Das wird jetzt ein Sachverständiger klären, sagt Markus Kitz von der Staatsanwaltschaft.

Das Gutachten soll in mehreren Wochen erst fertig sein. Bis dahin müssen nicht nur die Beweisfotos von der Unfallstelle,

sondern auch der Fahrtenschreiber ausgewertet werden. Dazu kommt noch die Auswertung der Dashcam, also einer Kamera, die im Reisebus montiert war und auch den Unfall aufgezeichnet hat. Die Unfallursache sei jedenfalls noch nicht geklärt, die Aussagen des 27 Jahre alten Lenkers seien nur ein weiterer Mosaicstein.

Und eben so lange nicht als Unfallursache zu werden, solange das Sachverständigen Gutachten nicht vorliegt.

In Wien sorgt ein Foto von einem Patienten in einem Spital in der Donaustadt für Aufsehen. Er soll nach einem Sturz längere Zeit unbemerkt auf den Boden gelegen haben, das hat die Kronenzeitung heute berichtet.

Doch laut Gesundheitsverbund stellt sich die Situation anders dar, berichtet Matthias Lang.

Ein Patient liegt neben einem kranken Bett am Boden, das Bett selbst ist blutverschmiert.

Das zeigt ein Foto, das die Kronen heute veröffentlicht.

Der Mann sei unbemerkt aus dem Bett gefallen und für längere Zeit am Boden gelegen. Symptome des Personal Mangels heißt es.

Der Gesundheitsverbund dementiert das auf Nachfrage, der Mann habe aufstehen wollen und sei dabei gestürzt.

Der Sturz sei unmittelbar von einer sogenannten Sitzwache bemerkt worden, zwei Minuten später sei bereits eine Ärztin alarmiert worden.

Es wurde ein Röntgenbild gemacht, der Mann habe sich durch den Sturz nicht verletzt.

Auch eine Unterbesetzung auf der Station dementiert der Gesundheitsverbund.

Es seien wie geplant zwei Pflegekräfte und zwei Sitzwachen im Einsatz gewesen.

Bei Bedarf hätten vier Pflegekräfte von einer anderen Station hinzugezogen werden können. Heute ist eine österreichweite Kampagne zur Covid-19-Impfung angelaufen. Besonders empfohlen ist die Immunisierung für Personen, die ein Risiko für einen schweren Verlauf haben.

Also etwa für Menschen über 60 Jahre oder jene mit chronischen Erkrankungen.

Geimpft wird diesmal in erster Linie in den Arztpraxen.

Dort gibt es bereits eine intensive Nachfrage, berichtet Barbara Reichmann.

Wann ist der Impfstoff da?

Diese Frage wird in ihrer Praxis derzeit besonders oft gestellt, sagt die Wiener Allgemein-Medizinerin Nakme Kaméyan Schmidt.

Für mich in der Ordination ist am Mittwoch eingelangt.

Das heißt, wir fangen am Montag zum Impfen an.

Der genaue Impfstart variiert von Ordination zu Ordination.

Wer gerade wieder Corona hatte, kann sich mit der Impfung Zeit lassen.

Gesunde Menschen sollten einen Mindestabstand von sechs Monaten einhalten, sagt Maria Paulke Korineg, Leiterin der Abteilung Impfwesen im Gesundheitsministerium.

Idealerweise können es auch zwölf Monate sein.

Natürlich gibt es bestimmte Risikopersonen, wo die Impfung bereits nach vier Monaten möglich ist.

Viele fragen sich auch, ob sie die alten Corona-Tests noch verwenden können.

Sagt Medizinerin Kaméyan Schmidt.

Es kommt sehr, sehr oft vor, dass Patienten zu mir kommen und sagen, der Test war negativ und ich mache einen Test in der Ordination und knallt lila und positiver Test.

Denn die neuen Tests reagieren auf die Omicron-Variante, die Alten oft nicht.

Weiter jetzt ins Nachrichtenstudio zu Anselm Peer, die Meldungen.

Die russische Regierung hat den Export von Benzin und Diesel mit sofortiger Wirkung verboten. Das soll den russischen Treibstoffmarkt stabilisieren und die Preise innerhalb Russlands wieder senken.

Wie lange das Exportverbot gelten soll, ist unklar.

Russland zählt trotz der westlichen Sanktionen nach wie vor zu den großen Treibstoffexporteuren.

Zwei Wochen nach den verheerenden Überschwemmungen in Libyen

haben mehr als 43.000 Menschen das Katastrophengebiet im Nordosten des Bürgerkriegslandes verlassen.

Berichtet die Internationale Organisation für Migration.

Vollim in der Hafenstadt Derna habe der Trinkwassermangel eine große Fluchtbewegung verursacht.

Tausende Menschen sind dort nach dem Bruch zweier Dämme ums Leben gekommen.

Eine Klimaaktivistin ist in Berlin wegen mehrerer Sitzblockaden zu acht Monaten Haft verurteilt worden.

Die Klimagruppe letzte Generation in Deutschland spricht von der härtesten Strafe, die jemals gegen eines ihrer Mitglieder verhängt wurde.

Die 41-Jährige hatte im Prozess betont, auch in Zukunft protestieren zu wollen.

Deshalb hat das Gericht einer Bewährungsstrafe abgelehnt.

Das Urteil ist noch nicht rechtskräftig.

Der US-Medien-Mogul Rupert Murdoch gibt die Führung seines Medienimperiums an seinen Sohn Lachlan Murdoch ab.

Der 92-Jährige tritt Mitte November als Vorsitzender des umstrittenen Nachrichtensenders Fox News

und chef der News Corporation zurück, zu der etwa das Wall Street Journal und die britische Boulevard-Zeitung des Zahn gehören.

Die UNESCO hat das Lassing-Tal in der Steiermark zum Weltnaturerbe erklärt.

Zusammen mit Dürnstein in Niederösterreich umfasst das Schutzgebiet den größten noch vorhandenen Urwald im Alpenraum.

Die Gebiete wurden vor zwei Jahren zusammengelegt.

Dürnstein ist schon seit 2017 Weltnaturerbe.

Das Wettermagen am Freitag im Osten noch trocken mit ein paar Sonnenstunden, sonst viele Wolken und von Südwesten her immer mehr Regenschau und Gewitter.

Teilweise windig, die Höchstwerte im Osten noch bis zu 29 Grad, sonst 13 bis 21 Grad.

Barbara Schieder, Regie, Gerald Domian, Technik und Christine Tönicke, Frenkenberger, ihr Journalteam wünscht Ihnen noch einen angenehmen Abend.

Danke für Ihr Interesse. Am Wort ist Astrid Plank.